

EEG

## Sachsen plädiert für Quoten

**[04.02.2013] Der Freistaat Sachsen hat im Bundesrat einen Vorschlag zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorgestellt. Die bisherige Förderung soll durch ein mengengesteuertes Quotenmodell ersetzt werden.**

Der sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Sven Morlok (FDP), hat am Freitag im Bundesrat den Vorschlag des Freistaats für eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) präsentiert. Demnach soll die bisherige Förderung erneuerbarer Energie durch ein mengengesteuertes Quotenmodell für Elektrizitätsversorger und bestimmte Endverbraucher ersetzt werden. Das Prinzip: Der Gesetzgeber legt fest, welchen Mindestanteil an Ökostrom letzere im Jahresdurchschnitt zu beziehen haben. Pro Megawattstunde erzeugten Strom aus regenerativen Quellen erhalten die Erzeuger ein so genanntes Grünstromzertifikat, das handelbar ist. Ob die Verpflichteten, etwa Stadtwerke, den Ökostrom selbst erzeugen, von Dritten beziehen oder Grünstromzertifikate erwerben, bleibt ihnen überlassen. Der Vorteil laut Staatsminister Morlok: „So lässt sich der Zubau an EE-Anlagen passgenau steuern. Strom aus erneuerbaren Energien würde kostengünstig erzeugt. Jedes Jahr steigende EEG-Umlagen würden der Vergangenheit angehören. Davon profitieren Unternehmen und die privaten Haushalte.“ Andere Bundesländer sehen diese Vorteile nicht. Die rheinland-pfälzische Energieministerin Eveline Lemke (Bündnis 90 / Die Grünen) etwa lehnt das sächsische Modell ab (15244+wir berichteten).

(al)

Antrag des Freistaates Sachsen: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (PDF, 400 KB)

Stichwörter: Politik, Bundesrat, EEG, Quotenmodell, Sachsen, Sven Morlok